

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Prüfung der Verkehrssituation in St. Peter in Wohngebieten westlich der St.-Peter-Hauptstraße (GRⁱⁿ Elisabeth Potzinger, ÖVP, GR Mag. Gerhard Spath, ÖVP)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Einige Nebenstraßen, die in St. Peter zwischen der St.-Peter-Hauptstraße und der Bezirksgrenze zu Liebenau durch Wohngebiete führen, sind vor allem durch den zunehmenden Pendlerverkehr massiv belastet. Tempo 30 wird oft stark überschritten – mehr Tempomessanlagen könnten Abhilfe schaffen! Betroffen sind vor allem die Anrainer des Gebietes Gluckgasse im Norden, St.-Peter-Hauptstraße im Osten, St.-Peter-Gürtel im Süden und die Bezirksgrenze im Westen. Dazu kommen Probleme, die durch illegal abgestellte Fahrzeuge entstehen: Die Zufahrt zu Grundstücken ist dadurch fast unmöglich. Auch die Sicherheit für Fußgänger ist nicht gewährleistet, wo durchgehende Gehsteige fehlen, beispielsweise am Sternäckerweg in der Kurve beim Sturm-Trainingszentrum. Die Lebensqualität der Bewohnerinnen unseres schönen Bezirkes St. Peter ist uns ein großes Anliegen. Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Hauses Graz sollen beauftragt werden, bis Jahresende 2021 die Verkehrssituation des im Motivenbericht angeführten Gebietes unter besonderer Berücksichtigung der Anrainerinteressen und der Einbeziehung der Bezirksverantwortlichen (Bezirksvorsteher, Betreuungsgemeinderäte) zu evaluieren, Verbesserungsmaßnahmen zu erarbeiten, sodass eine Umsetzung im Frühjahr 2022 möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.2 Parkraumbewirtschaftung in folgenden Teilen des Stadtgebiets:
Roßmanngasse, Billrothgasse, Pauluzzigasse, Semmelweißgasse, bei den
Wohnhausanlagen im Gebiet Vinzenzgasse / Bodenfeldgasse / Eisengasse /
Andreas-Hofer-Straße, Eckertstraße, Heinrich-Heine-Straße
(Heimgartenanlage)
(GR DI Georg Topf, ÖVP)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Von den in den Bereichen Roßmanngasse, Billrothgasse, Pauluzzigasse, Semmelweißgasse, der neuen Wohnhausanlagen im Gebiet Vinzenzgasse/Bodenfeldgasse/Eisengasse/Andreas-Hofer-Straße, Eckertstraße, Heinrich-Heine-Straße (Heimgartenanlage) bzw. deren Umfeld lebenden Wohnbevölkerung wird seit Jahren die Einführung einer Blauen oder zumindest einer Grünen Zone für die dort befindlichen PKW-Abstellplätze gefordert, da Einpendlerinnen und Einpendler den dort verfügbaren Parkraum nicht nur täglich benützen, sondern ihre Fahrzeuge auch oft wochenlang abstellen. Damit ist der knappe Parkraum der Wohnbevölkerung entzogen. Ebenso lange wird seitens der befassten Stellen eine solche mit dem Hinweis der zu geringen Rentabilität abgelehnt. Die Bewirtschaftung von PKW-Abstellplätzen auf öffentlichen Straßen hat auch einen Lenkungseffekt – nicht nur monetäre Aspekte.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Dienststellen im Magistrat werden um Prüfung ersucht, ob in den angeführten Straßenzügen und Wohngebieten eine Bewirtschaftung in Form einer Blauen oder Grünen Zone möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Ein Fischerhaus für den Arbeiterfischereiverein Graz
(unterstützt durch die Fraktion der SPÖ)
(GRⁱⁿ Sigrid Zitek, KPÖ)**

Der Arbeiterfischereiverein Graz ist mit etwa 400 Mitgliedern der größte Fischereiverein der Steiermark und hat kein eigenes Vereinshaus. Dabei wäre ein solches eine wichtige Anlaufstelle für Jung und Alt, das man sowohl für Seminare, Schulungen und Vorträge als auch für generationenübergreifenden Erfahrungsaustausch und als Anlaufstelle für Interessierte nutzen könnte. Seit Jahrzehnten leistet der AFV großartige Arbeit. Das jährliche Abfischen des Mühlgangs wird zum Beispiel jedes Jahr vom Arbeiterfischereiverein ehrenamtlich und unentgeltlich organisiert und ist die größte Fischrettungsaktion der Steiermark, an der sich viele Freiwillige beteiligen. Auch der richtige Umgang mit der Natur und den Fischen wird Interessierten vermittelt. Die Fischerei in Graz hat eine lange Tradition und sollte auch in Zukunft für die Grazerinnen und Grazer sichtbar bleiben und kommende Generationen begeistern.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht die Realisierung eines modernen und geräumigen Fischerhauses im Bereich Weinzödl zeitnah in die Wege zu leiten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.4 Errichtung Gehsteig in der Puchstraße – Höhe Holzerweg
(GR Ing. Roland Lohr, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Schon seit Jahren fordern Bürger aus Puntigam die Errichtung eines Gehsteiges in der Puchstraße stadteinwärts beginnend ab dem Holzerweg. Mehrere Initiativen wurden bereits im Bezirksrat Puntigam gestartet, die Antworten waren aber bisher nicht zufriedenstellend und der Informationsfluss in Richtung Anrainer ist stockend geworden. Darüber hinaus wurde durch ein zusätzliches Bauwerk einer Autowerkstatt, die direkt an die Puchstraße angrenzt, die Möglichkeit zur Einrichtung des Gehsteiges eingeschränkt. Andere Eigentümer von an der Puchstraße liegenden Grundstücken sind bereit um über nötige Grundstücksabtretungen zu verhandeln, damit das Vorhaben rasch umgesetzt werden kann. Die Anrainer und besonders die Eltern von Schulkindern schätzen die Verkehrssituation für Fußgänger in der vielbefahrenen Straße als sehr gefährlich ein.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung des Gehsteiges in der Puchstraße (Höhe Holzerweg stadteinwärts) erfolgen wird.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Fehlende Zebrastreifen im Bezirk Gösting
(GR Mag. Rudolf Moser, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Bezirk Gösting herrscht täglich, aufgrund der vielen Durchzugsstraßen, ein großes Verkehrsaufkommen. Anrainer, darunter Kinder und Senioren als besonders gefährdete Gruppen, bemängeln das Fehlen von Zebrastreifen um möglichst sicher die Straßenseite wechseln zu können. Ein Zebrastreifen in der Plabutscher Straße auf Höhe der Kinderburg Gösting ist für viele Eltern schon lange ein besonderes Anliegen. Die Entfernung des Schutzweges in der Thalstraße an der Kreuzung zum Thalbachweg stößt bei den Anrainern noch immer auf Unverständnis und wird als Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Ebenfalls ist es schon lange ein Wunsch der Bewohner an der Göstinger Straße, dass am Spitz zur Grafenbergstraße ein Zebrastreifen errichtet wird. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob die angeführten Schutzwege im Sinne der Bewohner von Gösting errichtet werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Sicherheitskonzept für die Dechant-Binder-Anlage
(GR Mag. Rudolf Moser, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zahlreiche Anrainer der Dechant-Binder-Anlage beschwerten sich über die unhaltbaren Zustände, die seit einiger Zeit dort vorherrschen. Die Anlage, die früher ein beliebter

Ort des Erholens, sich gegenseitig Austauschens und für Kinder ein schöner Platz zum Spielen war, hat massiv an Lebensqualität verloren. Es kommt dort täglich zu Belästigungen und Beschimpfungen von sich in der Anlage aufhaltenden Anrainern durch vor allem Jugendliche aus den Nachbarsiedlungen. Frauen und speziell Spaziergänger mit Hunden werden angepöbelt, eine starke Verschmutzung sowie Vandalismus treten häufiger auf und die Anrainer fühlen sich vor allem in der Dämmerung nicht mehr sicher in der Anlage. Auch die angrenzende Hundewiese wird okkupiert und es kommt immer wieder zu Konfliktsituationen. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, welche Maßnahmen im Zuge eines eigenen Sicherheitskonzeptes für die Dechant-Binder-Anlage ergriffen werden können. Eine stärkere Bestreifung der Anlage und der Hundewiese durch die Polizei sowie ein besseres Ausleuchten sind zwingend erforderlich.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Ausdehnung der Betriebszeiten der Buslinie 52
(GRⁱⁿ Claudia Schönbacher, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Von Bewohnern aus Gries wird der Wunsch lauter, dass die Buslinie 52 vom Hauptbahnhof zum Zentralfriedhof auch an Sonn- und Feiertagen verkehrt. Am Wochenende ist es besonders für die Anrainer rund um den Bahnhofgürtel, den

Eggenberger Gürtel, den Lazarettgürtel und der Triester Straße schwierig, zum Zentralfriedhof zu gelangen. Sie müssen zuerst in die Innenstadt fahren um dann mit der Straßenbahn zum Zentralfriedhof zu kommen. Inzwischen gibt es am Sonntag einen Flohmarkt im Citypark, zu dem man ebenfalls nur zu Fuß oder mit dem eigenen Fahrzeug kommt. Für Bürger, die nicht so fit sind, bedeutet das, dass sie den Flohmarkt, der bis 15.00 Uhr stattfindet, nicht besuchen können.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Ausdehnung der Betriebszeiten der Buslinie 52 an Sonn- und Feiertagen möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Gefahrenbereich Neulandgasse
(GRⁱⁿ Claudia Schönbacher, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Neulandgasse, ab Beginn der Wohnsiedlung Neuholdaugasse, befindet sich ein Fahrverbotszeichen. Die Gasse grenzt an den Schönaupark, weswegen eine Durchfahrung durch einen Schranken an der Kreuzung Neulandgasse/Am Langedelwehr nicht möglich ist. Dort laufen oft Kinder vom Park auf die Straße und es kommt immer wieder zu gefährlichen Situationen. Die Bewohner berichten, dass von Autofahrern oftmals das Fahrverbotszeichen missachtet wird. Es wird unrechtmäßig und mit hoher Geschwindigkeit durch die Neulandgasse gefahren und Fahrzeuge

werden illegal in der Gasse abgestellt. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, welche Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt werden können, um die Gefahr eines Personenschadens durch Falschparker und wegen überhöhter Geschwindigkeit zu reduzieren.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.9 Aufstellung von Sitzbänken an vorgeschlagenen Stellen in Eggenberg (GR Mag. Gerald Kuhn, Grüne)

Ausreichend Sitzbänke im ganzen Stadtgebiet zum Verweilen oder Ausruhen sind für eine alters- und menschengerechte Stadt unerlässlich. Nicht nur für ältere oder gehbeeinträchtigte Personen sind Bänke gleichmäßig verteilt im ganzen Stadtgebiet von Bedeutung. Auch für die Gesamtbevölkerung haben Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum einen enormen Mehrwert, da sie das konsumfreie Verweilen im öffentlichen Raum stärken. Dazu benötigt es aber auch noch zusätzlich Beschattung durch Bäume, verkehrsberuhigte Plätze, Flächen sowie Grünanlagen. Für den Bereich um den Bezirkssportplatz in Eggenberg und der Vinzenzkirche wurde uns der Wunsch von BürgerInnen herangetragen, Sitzbänken aufzustellen, da im Umkreis der genannten Orte überhaupt keine Sitzmöglichkeiten vorhanden sind.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Die Abteilung für Stadtplanung sowie Grünraum und Gewässer werden in Zusammenarbeit mit der Holding Graz ersucht, im Bereich des Bezirkssportplatzes Eggenberg und im Umkreis der Vinzenzkirche Sitzbänke aufzustellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Längere Projektförderverträge für KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen
(GR Mag. Gerald Kuhn, Grüne)**

Kunst und Kulturarbeit sind elementare und wichtige Bestandteile unserer Gesellschaft. Viele Bereiche wie der Theater- und Opernbetrieb, Museen oder andere großartige Institutionen sind von Stadt, Land und Bund relativ gut abgesichert. Die Ausgaben für den Kunstbereich insgesamt könnten jedoch immer höher sein. Wichtig ist, dass auf kleine und alternative Kulturinitiativen nicht vergessen wird. Vereine und Organisationen wie die IG Kultur setzen sich täglich dafür ein, dass KünstlerInnen mehr Raum und Geld bekommen. Die IG Kultur hat eine Fair Pay Kampagne gestartet, um Mindeststandards bei Honoraren und Gehältern zu erreichen, stellt sich gegen Kürzungen im Kulturbudget und setzt sich für eine gerechte Verteilung ein, damit auch bei kleinen Initiativen mehr ankommt. Ein wichtiger Punkt im Kunst- und Kulturbereich sind längere Förderverträge. 5-jährige Projektförderverträge könnten die Nachhaltigkeit in der Kulturarbeit entscheidend vorantreiben. Außerdem würde kleinen Kulturinitiativen viel mehr Sicherheit gegeben werden.

Ich stelle seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, die Möglichkeit von 5-jährigen Förderverträgen für KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen zu prüfen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Anregung zur Unterschutzstellung einer Platane am Areal des Kindergartens Angergasse 41
(GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Naturdenkmäler sind hervorragende Einzelschöpfungen der Natur, die wegen

- ihrer wissenschaftlichen oder kulturellen Bedeutung
- ihrer Eigenart, Schönheit oder Seltenheit oder
- ihres besonderen Gepräges für das Landschafts- oder Ortsbild

erhaltungswürdig sind.

Laut der Steiermärkischen Berg- und Naturwacht gibt es in Graz derzeit 89

Naturdenkmäler. Neue Naturdenkmäler werden nach entsprechender Anregung und Begutachtung unter Schutz gestellt. Auf der Grundfläche des WIKI-Kindergartens in der Angergasse 41 befindet sich eine mächtige Platane. Der Bezirksrat von Jakomini hatte bereits vor einigen Jahren eine Unterschutzstellung als Naturdenkmal angeregt, es ist unbekannt, ob dieses Anliegen bearbeitet wurde.

Um diesem wunderschönen Baum einen besonderen Schutz zukommen zu lassen, stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

Antrag:

Der Bezirksnaturschutzbeauftragte der Stadt Graz wird beauftragt, die Unterschutzstellung der im Motivenbericht genannten Platane als Naturdenkmal wohlwollend zu prüfen und gegebenenfalls in die Wege leiten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.12 Verkehrssituation Hilmteichstraße (GRⁱⁿ Tamara Ussner, Grüne)

BewohnerInnen der Hilmteichstraße berichten von immer stärker werdenden Erschütterungen. Zuletzt wurden diese so intensiv, dass in einem denkmalgeschützten Haus Haarrisse an der Wand ausgelöst wurden. Im Haltestellenbereich in der Schönbrunngrasse ist die Situation für AnrainerInnen besonders belastend. Die im Rahmen des Umbaus errichtete Rampe im Haltestellenbereich löst Lärm und Erschütterungen aus, speziell während des Morgenverkehrs. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung hilft am besten gegen Autoverkehrslärm und Erschütterungen, dies könnte für den betroffenen Bereich (LKH bis Mariagrün) auch als Lösungsoption in Betracht gezogen werden. Auf Basis dieses Motivenberichtes stelle ich folgenden

Antrag:

1. Die Holding Graz wird dringend ersucht, im Rahmen der Vorbereitungen für den zweigleisigen Ausbau der Linie 1 eine Testung der Erschütterungen vorzunehmen. Auf dieser Basis sollen im Rahmen des Projektes mögliche Optionen zur Verringerung der Erschütterungen untersucht.
2. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, für den beschriebenen Bereich (LKH-Mariagrün) eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h zu prüfen.

Vor allem im Bereich der Rampe (Haltestelle Schönbrunn­gasse) soll untersucht werden, ob eine Reduktion der Geschwindigkeit eine Besserung der Erschütterungs- und Lärmsituation bringen kann.

3. Weiters wird Verkehrsstadträtin Kahr ersucht, den beschriebenen Problembereich stärker in die Messungen der Geschwindigkeitseinhaltung miteinzubeziehen. Es soll geprüft werden, ob ein Radargerät im Bereich der Haltestelle Schönbrunn­gasse zum Einsatz gebracht werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.13 Badespaß in der Mur?/Sachprogramm Murwasser-Qualität (GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Bauer, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

So erfreulich und begrüßenswert die Gestaltung des Lebensraumes Mur als echtes Naherholungserlebnis – eine Idee, die im Grundsatz noch aus der Ära von Altbürgermeister Alfred Stingl und des Architekten und späteren SP-Stadtrates Klaus Gartler stammt – ist, so birgt die aktuelle Umsetzung eine Gefahr. Denn indirekt wird suggeriert, die Mur würde zum Baden einladen, was nicht zuletzt durch die Bezeichnung „Augartenbucht“ irreführenderweise missverstanden werden könnte. In Google-Maps wird beispielsweise beim Puchsteg sogar von einer Badebucht gesprochen. Doch genau das ist ein riesengroßer Irrtum, zum Baden ist die Mur weder in der Augartenbucht noch in Auwiesen geeignet, wie von allen ExpertInnen eindringlich gewarnt wird. Ursache ist unter anderem die hohe Verunreinigung mit Fäkalkeimen, was erst jetzt wieder in einer aktuellen Untersuchung leider bestätigt wurde.

Was aber nicht heißen muss, dass es unter Umständen nicht doch Möglichkeiten geben könnte, die Mur – zumindest abschnitts- und tageweise – auch als Badeplatz zu nutzen. Beispielhaft mag die Isar in München stehen, die in einigen Teilabschnitten sehr wohl zu einem Badegewässer wurde. Dort schaffte man es in einem – auch finanziellen – Kraftakt, das Wasser aller Kläranlagen mit Hilfe des Einsatzes von UV-Licht zu entkeimen. Auch die Donau ist streckenweise ein Badegewässer – unmöglich scheint also nichts zu sein.

Mittlerweile wurde an etlichen Murofer-Abschnitten eine Freizeit-Infrastruktur geschaffen, die – wie erwähnt – leider irrtümlicherweise auch Badespaß verspricht. Worauf im Vorfeld jedoch vergessen wurde, sind die Gesundheits-, Sicherheits- bzw. Qualitätsaspekte in Sachen Mur. Im Nachhinein nur Verbotstafeln aufzustellen und Baden zu verbieten, ist auf jeden Fall zu wenig.

Fazit: Was es jetzt dringend braucht, ist ein „Sachprogramm Murwasser-Qualität“ – mit der Zielsetzung, nach Möglichkeiten zu suchen, wie abschnittsweise die Mur vielleicht doch „Badequalität“ erhält, damit die GrazerInnen die vorhandene Infrastruktur doch noch nutzen können.

Kernpunkte bzw. grundsätzliche Fragen sind in diesem Zusammenhang:

- Durch welche Maßnahmen könnte – auch aufgrund internationaler Erfahrungen – die Wasserqualität von Fließgewässern zumindest abschnittsweise grundsätzlich verbessert und so sicheres Baden gewährleistet werden?
- Welche dieser Maßnahmen könnten seitens der Stadt Graz angewandt werden, welcher Voraussetzungen bedarf es dazu und in welchem Kostenrahmen würden sich diese Maßnahmen bewegen?
- Sind alle möglichen bzw. erforderlichen Maßnahmen Siedlungswasserwirtschaftsbereich gesetzt worden oder gibt es einen Investitionsrückstau bei Abwasseranlagen?

- Ist die Abwasserkapazität quer über die Stadt – bedingt durch den Neu- und Ausbau – ausreichend dimensioniert?
- Wie sieht es mit der budgetären Vorsorge für Abwasserreinigungsmaßnahmen aus? Getrennt in Verwaltungsaufwendungen und baulichen Maßnahmen? Ist die Zweckwidmung der Gebühren sichergestellt?

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht ein „Sachprogramm Murwasser-Qualität“ zu erarbeiten, das auf jeden Fall auch die im Motivenbericht aufgeworfenen Fragenkomplexe aufarbeitet; dies mit dem Ziel, dass die Mur zumindest abschnittsweise in den Bereichen mit der vorhandenen bzw. bereits geplanten Infrastruktur zum Baden genutzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Bessere Ausstattung der Berufsfeuerwehr/Drehleitern dringendst gefordert
(KO GR Michael Ehmman, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die schweren Unwetter von einigen Wochen haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, speziell auch in Katastrophenzeiten mit der Grazer Berufsfeuerwehr über eine Top-Einsatzorganisation zu verfügen, die den GrazerInnen größtmöglichen Schutz, Hilfestellungen und Sicherheit bietet. Voraussetzung dafür ist natürlich die entsprechende personelle wie auch technische Ausstattung. Speziell dann, wenn man sich über eine stetig wachsende Stadt freut, ist daher auch zu hinterfragen, ob diese

damit verbundenen wachsenden Aufgabenstellungen mit einem Mannschaftsstand zu bewältigen ist, der im Laufe der Jahre und Jahrzehnte eher kleiner denn größer wurde. Mindestens ebenso wichtig ist die technische Ausstattung: Dass beispielsweise immer noch keine ausreichende Zahl an funktionierenden, eigenen Drehleitern vorhanden ist, das ist schwer nachvollziehbar. In einer Stadt, die in milliardenschweren olympischen Träumen schwelgte, sollten man nicht wegen ein paar Hunderttausend Euro Fördergeld die Anschaffung auf die lange Bank schieben. Sich damit „retten“ zu wollen, dass in Sachen Mannschaften ohnedies Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr herangezogen werden könnten, und im Bedarfsfall eine Drehleiter auch aus einer Nachbargemeinde ausgeborgt werden könnte, ist für den urbanen, dicht besiedelten, stark verbauten und verkehrsintensiven Raum keine Lösung!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

1. Es ist dringend zu überprüfen, ob der aktuellen Mannschaftsstand der Grazer Berufsfeuerwehr noch ausreicht, um die Sicherheit der GrazerInnen in der in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten äußerst stark gewachsenen Stadt zu gewährleisten und inwieweit das Verhältnis BFW-Mannschaftsstand – anwesende Bevölkerungszahl den nationalen wie internationalen Standards entspricht.
2. Bei den Budgetverhandlungen für 2022 ist dringend darauf zu achten, dass die Ausstattung der Grazer Berufsfeuerwehr tatsächlich dergestalt ist, dass die Sicherheit der GrazerInnen in jeder Hinsicht gewährleistet ist; insbesondere ist darauf zu achten, dass für die Ausstattung mit funktionierenden, zeitgemäßen Drehleitern die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 Lichtverschmutzung: zeitliche Begrenzung für Reklamebeleuchtung
(KO GR Michael Ehmann, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Licht schafft Sicherheit – daher kommt es auch nicht von ungefähr, dass die nächtliche Beleuchtung von Geh- und Radwegen, Plätzen und Straßen ein dringender Wunsch vieler Menschen ist, dem es auf jeden Fall nachzukommen gilt. Zuviel nächtliche Beleuchtung gilt aber mittlerweile auch als Umweltbelastung – dann ist von Lichtverschmutzung die Rede, die Natur und Tierwelt aus dem Gleichgewicht bringt, das Ökosystem schädigt, wie WissenschaftlerInnen speziell in Hinblick auf das Licht in den städtischen Bereichen unisono warnen. So gibt es etwa Erhebungen der International Dark Sky Association, wonach eine Stadt mit 30.000 EinwohnerInnen den Himmel im Umkreis von 25 Kilometern beleuchte, was einen regelrechten Lichtsmog darstelle. Und dieser habe gravierende Folgen: Zum einen werden dadurch nachtaktive Tiere in ihrem Verhalten gestört, aber auch tagaktive Tiere werden durch nächtliche Lichtspiele aus ihrem natürlichen Rhythmus gerissen. Und dass der Lichtsmog auch den Schlaf des Menschen zum Teil gravierend beeinträchtigt und somit zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen kann, ist ebenfalls längst erwiesen. Somit gilt es, dieses nächtliche Licht auf ein notwendiges bzw. erforderliches Ausmaß zu reduzieren. Mit anderen Worten: Dort, wo es die Sicherheit erforderlich macht, auf Rad- und Gehwegen, auf Straßen und Plätzen wird es Licht brauchen. Verzichtbar ist aber die Vielzahl an Neonreklame, sind die grell leuchtenden Werbetafeln, die oft die ganze Nacht über taghell leuchten, und die zudem auch – gerade in Hinblick auf die Klimakrise – auch eine unnötige Energievergeudung darstellen. Dem sollte durch klare zeitliche Begrenzungen entgegengewirkt werden – indem ab 22 Uhr solche Reklame-/Werblichtquellen bzw. mit Ende der Öffnungszeiten der Betriebe bzw. Unternehmen abzuschalten sind.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Fachabteilungen des Magistrats Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht ein Maßnahmenpaket auszuarbeiten, um die nächtliche Lichtverschmutzung durch Neonreklame und Werbetafeln – wie beschrieben – zeitlich beschränken zu können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.16 Mehr Sicherheit für RadfahrerInnen zwischen Mariagrün und Hilmteich
(KO GR Michael Ehmman, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für die – allseits gewünschte – Veränderung des Modal Split zu Lasten des MIV und zu Gunsten der sanften Mobilität braucht es natürlich auch verbesserte Rahmenbedingungen für den ÖV, den RadfahrerInnen- und FußgängerInnenverkehr. Speziell in Hinblick auf die RadfahrerInnen gibt es einiges an Verbesserungsbedarf, was deren Sicherheit betrifft, wie Rückmeldungen regelmäßig zeigen.

Eine dieser Strecken, auf denen ganz offensichtlich Handlungsbedarf besteht, ist die Hilmteichstraße: Speziell der Abschnitt zwischen Mariagrün und Hilmteich gilt bei RadfahrerInnen ob der teilweise extrem schmalen Fahrbahn als gefährlich. Was besonders bedenklich ist, sind doch hier verhältnismäßig viele Eltern mit Kindern bzw. Jugendliche unterwegs, da Leechwald, Hilmteich und Spielplatz gerne und vielbesuchte Naherholungsoasen vieler GrazerInnen sind. Auch ist diese Strecke eine Verbindung Richtung LKH, MedUni etc. Dementsprechend der Wunsch vieler RadfahrerInnen: eine

durchgängige Tempo 30–Verordnung sowie entsprechende Bodenmarkierungen als visuelle Bremsen, die bei den AutofahrerInnen für mehr Aufmerksamkeit sorgen sollen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht die Hilmteichstraße, speziell im Abschnitt zwischen Mariagrün und Hilmteich, „RadfahrerInnen-sicherer“ zu machen, etwa durch eine durchgängige Tempo-30 Verordnung und/oder mit Bodenmarkierungen als visuelle Tempobremsen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.17 Rechtliche Klärung der Möglichkeit für die Schaffung von BewohnerInnen-Parkzonen
(KO GR Michael Ehmann, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Immer wieder wurde und wird der Wunsch bzw. die Forderung ventiliert, BewohnerInnenparkplätze nach Vorbild der seinerzeitigen Grünen Zonen zu schaffen – also Parkzonen, die ausschließlich von BewohnerInnen genutzt werden dürfen. Doch immer wieder wurde und wird eben das abgelehnt und zwar mit der Erklärung, dies würde die STVO nicht zulassen. Nunmehr wurden aber seitens der Stadt Wien sehr wohl BewohnerInnen-Parkzonen eingerichtet, die ausschließlich von BewohnerInnen mit den entsprechenden ParkpickerIn genutzt werden dürfen. Wobei sich die Stadt Wien, wie sich aus einer vom Verfassungsgerichtshof abgewiesenen Beschwerde entnehmen lässt, jedoch klipp und klar auf die STVO bezieht: Demnach stelle laut Magistrat Wien der § 43 Abs. 1 lit. b Z 1 StVO 1960 eine taugliche Rechtsgrundlage für

das "Anwohnerparken" dar. In einem Gebiet, in dem ein hoher Parkplatzdruck bestehe, sei eine solche Maßnahme zur Entlastung der Wohnbevölkerung zulässig, sofern den Bedürfnissen der Wirtschaft durch Ladezonen entsprochen werde – eine Argumentation, der offensichtlich auch der Verfassungsgerichtshof nicht widersprach. Was nunmehr die Frage aufwirft: Was hat Wien, was Graz nicht hat bzw. warum sind BewohnerInnen-Parkzonen, wie sie Wien sehr wohl verordnen kann, in Graz nicht möglich bzw. welche Rechtsgrundlagen fehlen in Graz? Die STVO, die immer wieder als schier unüberwindbarer Hinderungsgrund genannt wurde, sollte es jedenfalls nicht sein.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden umgehend beauftragt, gemäß Motivenbericht raschest zu überprüfen, welcher Grundlagen und Voraussetzungen es in der Stadt Graz für die Errichtung von BewohnerInnen-Parkzonen nach Wiener Vorbild – auch vergleichbar mit den seinerzeitigen Grünen Zonen in Graz, die ebenfalls ausschließliche BewohnerInnen-Parkzonen waren – bedarf. Dem Gemeinderat ist ehebaldigst ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.18 Saisonparkpickerl für Heimgärten
(KO GR Michael Ehmman, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Es ist nach wie vor ein Dauerthema bei unseren HeimgärtnerInnen: Die immer mehr werdenden gebührenpflichtigen blauen und grünen Zonen im Umfeld von Heimgärten,

die vielen unserer begeisterten KleingärtnerInnen Kummer bereiten, die von der SPÖ auch bereits mehrmals im Gemeinderat thematisiert wurden.

Man kann nur erneut wiederholen: Selbstverständlich wollen wir alle – im Sinne der sanften Mobilität – einen weitgehenden Umstieg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den öffentlichen Verkehr. Aber nicht immer und überall sind Bus, Tram oder Lastenfahrrad zweckmäßig bzw. möglich. Gerade HeimgärtnerInnen, deren Kleingärten sich meist nicht gleich um die Ecke, sondern häufig in einem anderen Stadtbezirk befinden, sind davon betroffen: Denn für schweres Gartengerät, Erde, Pflanzen, diverse Gartenausstattung, Kinder samt Spielzeug, Grillgut und Holzkohle und betagte Menschen braucht man ein Auto. Und dann wird es in den gebührenpflichtigen Parkzonen teuer. Andererseits wäre ein Antransport hin zum Heimgarten mit dem Auto, dann retour nach Hause, um mit dem Öffi wieder zum Heimgarten zu fahren und abends dann vielleicht dieselbe Prozedur nochmals, auch nicht wirklich umweltfreundlich.

Weswegen es durchaus angebracht wäre, einem Wunsch vieler HeimgärtnerInnen nachzukommen und ihnen ermäßigte Parkmöglichkeiten zu gewähren. Die von mir nach Vorbild von Wien vorgeschlagene Zuerkennung des AnrainerInnenstatus – um damit das ermäßigte Jahrespickerl zu erhalten – geht angeblich nicht, dem stünden das Steiermärkische Parkgebührengesetz und die Grazer Parkgebührenverordnung entgegen. Wobei der Einwand erlaubt sein möge: Gesetze und Verordnungen sind nicht in Stein gemeißelt, sondern werden regelmäßig – gemäß den Notwendigkeiten einer sich stetig verändernden und weiterentwickelten Gesellschaft – evaluiert. Somit könnte ohne weiteres auch seitens der Stadt eine Anregung für eine solche Evaluierung erfolgen.

Denn gerade HeimgärtnerInnen trifft diese Parkgebühr besonders – da geht es um Familien mit Kindern, um SeniorInnen; meist um jene Menschen, die sich kein Freizeit-

oder Wochenend-Domizil in der Hochsteiermark, in der Weingegend, der Themenregion oder am Meer leisten können.

Umso wichtiger wäre es, einen Weg zu finden, wie – nach Vorbild Wien – Grazer HeimgärtnerInnen ein deutlich ermäßigtes Saison-Parkpickerl für die Zeit zwischen März und Oktober – also explizit für die Gartensaison – für die in Umfeld ihres Heimgartens befindlichen gebührenpflichtigen Zonen erwerben können, selbstverständlich immer unter der Voraussetzung, dass sie in Graz gemeldet sind.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht ein Modell zu entwickeln, damit Grazer HeimgärtnerInnen für Kleingartenanlagen, die in gebührenpflichtigen Parkzonen liegen, vergünstigte Saison-Parkpickerl erwerben können; Ziel ist, dass ein solches Modell mit Beginn der kommenden Heimgartensaison startet.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.19 Sicherheit am Jakominiplatz
(KO GR Michael Ehmann, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In jüngster Zeit gibt es vermehrt Klagen darüber, dass sich PassantInnen bzw. ÖV-NutzerInnen am Jakominiplatz bedroht bzw. belästigt fühlen – bisweilen würde das sogar so weit gehen, dass Jugendliche von „Gangs“ körperlich attackiert werden.

Aus nationalen wie internationalen Erfahrungen weiß man, dass vielfrequentierte ÖV-Knoten, wie dies der Jakominiplatz ist, darüber hinaus auch immer hohe Anziehungskraft haben und Treffpunkte für vielfältige BesucherInnengruppen sind. Was naturgemäß zu Konflikten führen kann, ein Gefühl der Unsicherheit entstehen lässt. Umso wichtiger ist es, auf solchen Plätzen durch niederschwellige Angebote (z.B. Jugendstreetwork) das Miteinander zu fördern, wobei ergänzend und begleitend selbstverständlich auch die häufigere sichtbare Präsenz Uniformierter (Ordnungswache, Polizei) das Gefühl der Sicherheit hebt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht den Jakominiplatz in Hinblick auf die von PassantInnen beklagten Probleme (Belästigungen, körperliche Übergriffe, mangelndes Gefühl der Sicherheit) zu überprüfen und gegebenenfalls ein entsprechendes Maßnahmenkonzept zur Verbesserung dieser Situation zu entwickeln und umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 Trinkbrunnen für alle Spielplätze und Bezirkssportplätze
(KO GR Michael Ehmman, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der heurige Hitzesommer wird – so die Prognosen aller Klimaforscher – nicht der letzte seiner Art gewesen sein. Umso wichtiger wäre es, auch unsere Spielplätze entsprechend auszustatten. Die Forderung einer Initiative engagierter Andritzer

Mütter kann man in diesem Zusammenhang gut nachvollziehen: Gerade an heißen Tagen brauchen die Kleinen ein wenig Abkühlung, einen Schluck erfrischendes Wasser und natürlich täte es bisweilen auch ganz gut, die erdigen Hände der Kinder am Spielplatz waschen zu können. Sind doch die Spielplätze manchmal nur Zwischenstopps auf dem Weg zum Nahversorger, zur Ärztin, zur ÖV-Haltestelle. Umso schmerzlicher ist es, dass an vielen Spielplätzen eines fehlt: Trinkbrunnen.

Trinkbrunnen sollten jedenfalls – wie im übrigen auch Toilettenanlagen – zur Grundausstattung von Spielplätzen und Bezirkssportplätzen gehören; diesem Appell der von diesem Manko auch in ihrem Bezirk betroffenen Andritzer Mütter ist nichts hinzuzufügen, diese Forderung ist nachvollziehbar und sollte wirklich raschest erfüllt werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen beauftragt werden, umgehend die Ausstattung aller städtischen Spielplätze und Bezirkssportplätze mit Trinkbrunnen in Angriff zu nehmen. Ziel muss sein, dass im Laufe des Jahres 2022 alle Spielplätze und Bezirkssportplätze mit Trinkbrunnen ausgestattet sind.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.21 Wartehäuschen an der ÖV-Endhaltestelle Dürrgrabenweg
(KO GR Michael Ehmann, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Von entscheidender Bedeutung dafür, dass die Bereitschaft für den Umstieg vom eigenen Kfz auf den ÖV steigt, wie dies ja auch dem Ziel der Verkehrspolitik der Stadt Graz entspricht, ist die Attraktivität des ÖV. Dazu zählen auch Komfort und Service für die Fahrgäste. Das Gefühl, im Regen stehen gelassen zu werden, fördert sicher nicht gerade das Interesse, in den ÖV umzusteigen. Leider ist das im wahrsten Sinne des Wortes in der Radegunder Straße bei der Endhaltestelle Dürrgrabenweg der Fall: AnrainerInnen klagen darüber, dass dort das Wartehäuschen entfernt wurde und man somit Wind und Regen schutzlos ausgeliefert wäre.

Was kein Einzelfall sein dürfte: Es gibt immer noch eine Reihe von Haltestellen, an denen keine Wartehäuschen vorhanden sind. Das damit zu begründen, dass – wie dies aufgrund eines abschlägig beantworteten Antrages betreffend Gradnerstraße erfolgte – die Graz Linien sprich die Holding bei geringen Fahrgastfrequenzen (die Rede war dabei von mindestens 200 Personen pro Tag) die Errichtung eines Wartehäuschens nicht in Erwägung ziehen, führt, bildlich gesagt, in eine verkehrspolitische Sackgasse. Der einzig logische, übliche und richtige Weg wäre wohl, dass man ein attraktives Angebot schnürt, damit mehr KundInnen gewonnen werden können. Hier ist dringendst ein Umdenken in der Holding gefragt und das wenig nachvollziehbare „Frequenz-Argument“ bei Wartehäuschen ad acta zu legen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

1. Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden aufgefordert, das Wartehäuschen an der Radegunder Straße/Haltestelle Dürrgrabenweg raschest wieder aufzustellen.
2. Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden aufgefordert, alle ÖV-Haltestellen der Linien Graz mit Wartehäuschen zu versehen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.22 Verbesserung der Postinfrastruktur im Grazer Westen (GR Mag. Gerald Haßler, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Graz wächst und das bedeutet, dass Graz auch ausreichende Infrastruktur benötigt. Im Bereich Neuhart sind in der Alten Poststraße/Feldgasse, Ulmgasse und am Grillweg Wohnbauprojekte mit ca. 2.200 neuen BewohnerInnen entstanden. Wenn man die Green City auch noch dazu rechnet sind es sogar rund 3.700 zusätzliche Einwohner in diesem Bereich unserer Stadt.

Im Jahr 2016 wurde in diesem Gebiet mit dem Postamt 8053 Neuhart eine wichtige Infrastruktureinrichtung trotz heftiger Proteste der Bevölkerung geschlossen. Nun hat man in diesem Bereich auch den letzten öffentlichen „Briefkasten“, der in der Kärntner Straße 207a situiert war, abmontiert.

Laut „Internetkataster“ gibt es im gesamten Bezirk Straßgang für mehr als 18.000 EinwohnerInnen nur mehr einen einzigen öffentlichen „Briefkasten“ und zwar beim Shopping Center West, am Weblinger Gürtel.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz sollen beauftragt werden, mit der Österreichischen Post AG Gespräche zu führen, um die Post-Infrastruktur in Graz zu verbessern. Zumindest sollen zusätzliche öffentliche „Briefkästen“ angeboten werden. Insbesondere soll auch im Bereich Kärntner Straße/Grillweg wieder ein öffentlicher „Briefkasten“ aufgestellt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.23 Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Hafnerstraße
(GR Mag. Gerald Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Hafnerstraße ist von Puntigam kommend bis zur Kreuzung Neuseiersberger Straße/Hafnerstraße mit einer 30-km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung versehen. Ab der Kreuzung Neuseiersberger Straße/Hafnerstraße Richtung Westen bis zur Kärntner Straße ist diese Geschwindigkeitsbeschränkung nicht mehr gegeben.

Auch dieser zweitgenannte Bereich durchläuft ein Wohngebiet. Durch die sehr unübersichtlichen Kreuzungsbereiche (z.B. Grundwiesenweg) und „Hausausfahrten“, besonders im Bereich östlich der GKB-Bahntrasse, kommt es immer wieder zu Gefahrenmomenten und Unfällen, die bei geringerer Geschwindigkeit vermieden werden könnten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz sollen beauftragt werden, die bestehende 30-km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung in der Hafnerstraße vom Kreuzungsbereich Neuseiersberger Straße weiter nach Westen, zumindest bis zur GKB-Bahntrasse, zu verlängern.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.24 Wartebänke Haltestelle „Gasthaus Heimkehrer“
(GR Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Viele ältere Personen nutzen auf ihrem Weg in die Innenstadt die Buslinie 41 vom Dürrgrabenweg nach St. Leonhard/Klinikum, wo eine Umsteigemöglichkeit in eine Straßenbahn vorhanden ist.

Bei längeren Wartezeiten leidet diese Fahrgastgruppe besonders, da es z.B. bei der Haltestelle „Gasthof Heimkehrer“, auf der Höhe der Hans-Auer-Gasse in beiden Fahrtrichtungen an Wartebänken fehlt.

Attraktive öffentliche Verkehrsmittel spielen bei der angestrebten Verringerung des MIVs eine wichtige Rolle. Diese Attraktivität spiegelt sich nicht nur in gut getakteten Fahrplänen und komfortablen öffentlichen Verkehrsmittel wider, sondern auch in der Infrastruktur der Haltestellen, die neben einem geeigneten Wetterschutz auch entlastende Wartebänke, vor allem für ältere Personen vorsehen.

Aus diesem Grunde, stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Holding Graz möge die Infrastruktur der Haltestellen der Linie 41 (Dürrgrabenweg – St. Leonhard/Klinikum) überprüfen und im Anlassfall die Aufstellung von Wartebänken umgehend veranlassen. Dies betrifft vor allem die Haltestelle „Gasthof Heimkehrer“ in beide Fahrtrichtungen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

öffentliche Gemeinderatssitzung vom 16. September 2021

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm. Mag. Nagl schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 18.52 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Dr. Günter Riegler

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Mag.^a Ulrike Taberhofer

wörtliches Protokoll erstellt von: Bettina Strametz